

MEDIZINRECHT

## Entschädigung nur im Ausland?

Deutsche Frauen versuchen über einen französischen Entschädigungsfonds Schadensersatz für verpfuschte Brustvergrößerungen zu bekommen. In der Bundesrepublik waren rund 5000 Betroffenen Silikonimplantate der französischen Firma PIP und anderer Hersteller eingesetzt worden, die sich als minderwertig herausstellten. Sie sollten wieder entfernt werden. Doch die Chancen, in Deutschland Schadensersatz zu bekommen, sind gering. „Es ist eine Schande, dass diese Frauen gezwungen sind, ins Ausland zu gehen“, sagt der Berliner Medizinrechtler Jörg Heynemann, der 20 Frauen vertritt. „In Frankreich können die Be-



ALEXANDRE MARCHI / PICTURE ALLIANCE / DPA

Brustimplantat der Firma PIP

troffenen, von Ausnahmen abgesehen, nur 5000 Euro erwarten“, sagt Heynemann, „aber auf diese Weise gehen sie wenigstens nicht leer aus.“ Obwohl Experten es für nahezu aussichtslos halten, klagt eine 40-jährige Patientin vor dem Landgericht Karlsruhe gegen ihren Arzt, den Haftpflichtversicherer der bankrotten französischen Firma PIP, den TÜV Rheinland als Kontrolleur der Produktreihe und die Bundesrepublik, deren zuständiges Bundesinstitut nicht rechtzeitig eingeschritten sein soll. Vor vier Wochen wurde erstmals verhandelt. Im Strafprozess um den Hersteller PIP in Frankreich treten drei deutsche Frauen als Nebenklägerinnen auf. Medizinrechtler beklagen seit Jahren die schwache Stellung von Patienten, die durch fehlerhafte Medizinprodukte leiden. Auch im neuen Patientenrechtegesetz, das im kommenden Jahr in Kraft treten soll, gibt es dahingehend keine Verbesserung.

Militärübung mit „Patriot“-Raketenabwehrsystem



BERND WÜSTNECK / DPA

BUNDESWEHR

## Kritik an „Patriot“-Mandat

Die SPD stellt ihre Zustimmung für die Stationierung von „Patriot“-Abwehrsystemen in der Türkei in Frage. „Es gibt keinen Automatismus“, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gernot Erler, „wir brauchen in der kommenden Woche verbindliche Antworten, bevor wir ja sagen können.“ Bisher gebe es nur Spekulationen über den Einsatz, es werde ein „eigenartiges Spiel“ gespielt. Über das Mandat soll am kommenden Freitag im Bundestag diskutiert werden. Es sieht vor, ab Anfang 2013 bis zu 400 Bundeswehrsoldaten in der Türkei zu stationieren. Sie sollen zusammen mit anderen Nato-Verbündeten mit „Patriot“-Abwehrsystemen und „Awacs“-Aufklärungsflügen den Luftraum über der Türkei sichern. Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des Mandats ist allerdings, so heißt es in Regierungskreisen, dass die Türkei volle Unterstützungsleistungen bei Verpflegung oder Unterkunft erbringt. Das sei aber noch nicht sicher: „Abschließende Zusagen der Türkei können noch nicht vorliegen, da die Detailplanungen in der Nato vor allem hinsichtlich der Einsatzorte noch nicht abgeschlossen sind“, sagt ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums.

INFRASTRUKTUR

## Lkw-Maut auf allen Straßen

Die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt sich für eine flächendeckende Lkw-Maut ein. Danach soll für alle Lastwagen auf allen Straßen Maut gezahlt werden; derzeit gilt sie ab zwölf Tonnen und fast nur auf den Autobahnen. „Unsere Verkehrsinfrastruktur ist chronisch unterfinanziert und streckenweise in einem besorgniserregenden, schlechten Zustand“, sagt

NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD). Das zeigt sich auch im verkehrsgeplagten Großraum Köln. In der Stadt sind mehrere Brücken so baufällig, dass schwere Lkw sie nicht mehr befahren dürfen. Vor wenigen Tagen musste eine marode Autobahnbrücke bei Leverkusen für Lastwagen gesperrt werden – was seither täglich zu einem Verkehrschaos führt. Nach Berechnungen Groscheks müssten jährlich bundesweit 7,5 Milliarden Euro zusätzlich in den Straßen- und Brückenbau gesteckt werden, um den Bestand zu erhalten. Ohne eine Ausweitung der Lkw-Maut sei das nicht zu finanzieren.